

Bavar.

1677

a

Bavar. 1677^o

Linger

<36616666670010

<36616666670010

Bayer. Staatsbibliothek

Beachtungen
über
die bürgerliche
Rechtsverfassung
Baierns

nach
dem Aussterben der Karolinger
bis zu
Kaiser Ludwig dem Baier.

Ein
Beitrag zur baierischen Rechtsgeschichte
von
D. Dominik Linger.

Landshut 1815.
Gedruckt bei Jos. Thomann.

73

Erklärung

von

der

Erklärung

der

von

der

von

der



der

von

der

der

der

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN

V o r r e d e.

Das Studium der Rechtsgeschichten kam in unsern Zeiten an die Tagesordnung: auch für Baiern erschienen Vorarbeiten. Das erste, was geschehen mußte, war die Kenntniss der Gesetzsammlungen, nachdem diese erlangt wurde, wurde es möglich in das Innere der Gesetze selbst einzudringen.

Die äussere Kenntniss der verschiedenen Gesetze Baierns kann man als geschlossen ansehen, aber ihre Bestimmungen selbst sind größtentheils noch unbearbeitet. Bei diesen Umständen entstieg in mir der Gedanke, diese Gesetze nach ihrer Zeitordnung zu studieren, sie besonders in ihren Anordnungen zu

betrachten, die sie über Freiheit, Ehe, Vormundschaft, Eigenthum, Verträge und Beweisformen enthalten. Ich begann auf diese Weise mit dem ältesten baierischen Gesetzbuche, durchwanderte das Gebiet der Karolingischen Gesetzgebung, und begab mich in das Labyrinth der teutschen Mittelaltersperiode, wo mir die Monumenta boica einzelne Lichtfunken gewährten, baierische Rechtsgewohnheiten in der That zu erblicken. Mit Vergnügen entwand ich mich diesem gesetzlosen Zeitraume und kam zu Kaiser Ludwigs Gesetzbuche.

Die Vergleichung desselben mit dem Schwabenspiegel traf ich mit größter Sorgfalt, die mir die Ueberzeugung gewährte, wie in Baiern die Gesetzgebung immer besonders abweichend von sogenannten allgemeinen Einrichtungen sich

entwickelte und bildete, wie Kaiser Ludwigs Rechtbuch mit dem Schwabenspiegel jene Aehnlichkeit nicht habe, die man bisher behaupten wollte.

Alle verschiedenen, gleichzeitigen oder nachgefolgten einzelnen Veränderungen durchlas ich fort- hin, und bearbeitete die Reforma- tion des Rechtbuches, und alle Rechtsordnungen des ganzen sechs- zehnten Jahrhunderts.

Also entspann sich mir eine grofse Abhandlung, der ich den Titel „Versuch einer Geschichte der wichtigsten Einrichtungen des bür- gerlichen Rechtes in Baiern, von den ältesten Zeiten bis zum Ende des sechszehnten Jahrhunderts“ -- gab, Allein das Unglück der Zei- ten, das über den Buchhandel im allgemeinen und insbesondere über baierische Geschichten sich hinla-

gerte, verhindert den Abdruck bis auf bessere Zeiten. Ich bescheide mich gern, der erwähnten Abhandlung jenen Grad von Vollkommenheit nicht zuzumuthen, den man von einer solchen Arbeit fodern könnte: da aber jeder Anfang schwer ist, so dürfte mein angestrongter Fleiß daran nicht verkannt werden. Unterdessen, da ich zur Erlangung der akademischen Würde eine Abhandlung dem Druck übergeben mußte, so hob ich gegenwärtige Betrachtungen aus meinem größern Werke zu diesem Zwecke heraus, woraus man sich überzeugen möge, daß ich meine akademischen Nebenstunden auch noch eigenen Forschungen gewidmet habe.

Landshut den 15. Aug. 1814.

Der Verfasser.

E i n l e i t u n g.

Das älteste Gesetzbuch der Bajuvarier *a)*, einfach wie die Lebensweise des Volkes, erhielt sich lange Zeit nicht nur unter den Karolingern, sondern auch unter den baierischen Herzogen aus den sächsischen, fränkischen und welfischen Häusern, in Erinnerung und einzelner Anwendung *b)*: aber im Ganzen mußte sein Ansehen schwinden. Auf gemeine Ehre gegründet, haben alle Anwendungen ihre Kraft verloren, die der entstandenen Dienstehre widersprachen: mehrere Theile desselben wurden durch einzelne Privilegien sogar ausdrücklich aufgehoben; alles, was der eingetretenen Willkür nicht fröhnte, wurde nicht mehr geachtet. Es sind nicht nur die alten Verhältnisse verändert worden, sondern ganz neue Verhältnisse entstan-

den, wofür die alten Gesetze nichts bestimmen konnten, neue Gesetze nicht immer gegeben waren. Das Gewohnheitsrecht wurde der herrschende Haltungspunkt der Gerechtigkeitspflege, ihre Kenntniss konnte nur durch Aufbewahrungen oder Sammlungen verbreitet werden. Die Gewohnheits-Rechte tragen die Eigenschaft der Verschiedenheit an sich: diese kann sich nur verlieren, wenn man an Andere sich anschliesst.

In den Zeiten, wo seit Karl dem Grossen bis Kaiser Ludwig die gesetzgebende Stimme schwieg, entschieden in Baiern Gewohnheiten nebst der oberdeutschen Sammlung, unter dem Namen Schwabenspiegel c) bekannt, woraus ein Advokat zu Freising selbst noch eine besondere Sammlung veranstaltete d). Aber nicht blofs deutsche Sitten und Gewohnheiten waren die Norm für die Eingehung rechtlicher Geschäfte und deren Entscheidung bey sich ergebendem Streite, man schöpfte schon häufig aus dem römischen und kanonischen Rechte. Dieses fand in Baiern um so mehr Aufnahme, da die Gräfin

von Mantua und Toskana, Gemahlin des baierischen Herzogs Welf II. einen öffentlichen Lehrstuhl errichtete, den die Baiern um so mehr besuchten, da sie die nächsten Nachbarn waren, und die Gründerin dieses Lehrstuhls, als ihre Fürsten verehrten. Bereichert mit den Schätzen neuer Rechtsgelehrsamkeit kehrten sie zurück, und suchten nun auch in unsern Gerichtsstätten dieselben geltend zu machen e).

a) *Leges Bajvariorum* oder ältestes Gesetzbuch der Baiuvarier, nach einer uralten Handschrift der kurfürstl. Universitäts - Bibliothek zu Ingolstadt, ins Deutsche übersetzt, mit Anmerkungen erläutert, mit fünf andern codd. MStis verglichen, mit einer historischen Einleitung begleitet und sammt einem Schriftmuster des Ingolst. cod. ans Licht gegeben von Joh. Nep. Mederer. Ingolstadt 1793 b. Krüll. 8.

Vergl. *Litterarisches Handbuch für die baierische Geschichte und alle ihre Zweige*, von Joh. Christ. Freyherrn

von Aretin. Litteratur der Staatsgeschichte. I. Theil. München 1810. b. Giel.

b) Jo. Georg. Lory, de origine et progressu juris boici civilis antiqui Ingolstadii apud Schleig. 1748.

Versuch einer Geschichte der baierischen Gesetzgebung vom Entstehen des baierischen Staats bis zum Ende des sechzehnten Jahrhunderts, von Fridr. Xav. Klemm. München b. Lentner 1801.

c) Akademische Rede von dem ehemaligen rechtlichen Gebrauche des Schwabenspiegels in Baiern, von Christ. Friedr. Pfeffel. München b. Richter 1764. Joh. Nep. Gottfr. von Krenner, über den kurpfälzischen Reichsvikariatssprengel. Ingolst. 1793. b. Krüll.

Zum Beweise dienen die Monumenta boica, die sehr viele besondere Einrichtungen enthalten, welche blofs der Schwabenspiegel kennt, und aus welchen abzunehmen ist, dafs derselbe häufig die Stelle eines einheimischen Gesetzes vertreten habe: denn so berufen sich manches Mahl die Parteien bey Schliefsung eines Vertrags auf ihn als einzige ge-

setzlich gewählte Norm: „promti juris est Suevorum“, ferners: „juxta regalia et commercia jura provincialia *). Unter diesen verstand man wahrscheinlich nichts anders, als diesen Spiegel, der wohl auch, wie genug bekannt ist, Königsrecht hiefs. Viele Rechtsbestimmungen, welche die Monumenta boica ausdrücklich zum baierischen Rechte zählen, treffen wir im Schwabenspiegel an, z. B. die zehnjährige Gewährleistung gegen Inländer hat nur der Schwabenspiegel, die Monumenta boica führen sie aber als ein baierisches Rechtsinstitut auf **). Dafs es aber keine wirkliche baierische, sondern nur entlehnte Gewohnheit war, beweist das spätere Rechtbuch Kaiser Ludwigs, welches keine zehnjährige Gewährleistung kennt. Erst das Münchner Stadtrecht nahm sie höchst wahrscheinlich von diesem Spiegel auf, aber sie galt nur gegen Auswärtige. Endlich kommen bey der Gewährleistung fast immer die Ausdrücke vor: Nach Landes-Grafschaft- und eigens Recht ***). Kann wohl unter dem Landrecht etwas anders als der in Baiern so häufig auf-

gefundenen mit dem Münchner Stadtrecht und einem Exemplar vom Rechtbuche zusammengebundene Schwabenspiegel verstanden werden, weil, wenn vom Rechtbuche Kaiser Ludwigs die Rede ist, es immer heißt: nach meines Herrn des Kaisers Puchs sag, oder nach des Puechs sag ***).

*) *M. B.* Vol. VI. pp. 519. 547.

**) *M. B.* Vol. XVI. p. 305. III. p. 179.

***) *M. B.* Vol. X. pp. 16. 307. 386.

****) *M. B.* Vol. X. pp. 99. 110. 130.

d) *Beyträge zur vaterländischen Historie, Geographie, Statistik*, herausgegeben vom L. Westenrieder. Bd. VII. München 1803. b. Lindauer.

Akademische Rede über das Rechtbuch des Ruperts von Freising, von L. Westenrieder. München b. Lindauer 1802. 4.

e) Aufser den obigen: *Krenner v. J. N. G. Anleit. zu dem nähern Kenntnisse der baier. Landtage des Mittelalters*. München 1804. 8.

Hübner, Ig., Merkwürdigkeiten der kurbaierischen Hauptstadt Ingolstadt, aus Urkunden zur Beleuchtung der vaterländischen Geschichte. Ingolstadt. b. Attenkover 1803. 8.

Ministerial-
00000
Hilf mir die Geschichte der
Königlichen Hauptstadt Ingolstadt aus
den Jahren der Herrschaft
des Königs Maximilian I. von
1490 bis 1550 zu schreiben.
Nach dem Buche

*Betrachtungen über die bürgerl. Rechts-
verfassung Baierns nach dem Aus-
sterben der Karolinger bis zu Kaiser
Ludwig dem Baier.*

I.

P e r s ö n l i c h k e i t .

Die Persönlichkeit als ein allgemei-
ner Verband der Staatsbürger wurde schon
unter den Karolingern zwar nur faktisch
zertrümmert, allein itzt machte die Gewohn-
heit diese Vernichtung schon rechtlich.
Aus dem allgemeinen unter dem Agilol-
fingern so erfreulichen persönlich gleichen
Staatsbürger-Verbande schofs ein wilder
Sprössling, das Ministerial- und Lehen-

Verhältnifs, hervor, und dieses Verhältnifs in seinem Keime schon verderbend, vernichtete nach und nach die Persönlichkeit des Bürgers und zertrümmerte die Staatsgewalt, so dafs es itzt so viele Auswüchse des Staats gab, als Zwingherrschaften sich aufwarfen, die keine freyen Bürger, sondern nur Hörige und Leibeigene haben wollten. Diejenigen Freyen, die sich zwar nicht zu Grofsen hatten erheben können, jedoch dem Persönlichkeit und Eigenthum wegspülenden Strome der Zeit entgangen waren, schämten sich itzt auch schon blofs gemeinhin Freye zu seyn, sie hiefsen sich also nobiles adeliche, damit sie sich doch über den gemeinhin freyen Bürger erhaben fühlten, da die gemeine bürgerliche Freyheit nichts als Armuth und Niedrigkeit anzeigte. Gab es auch noch freye Bürger, so waren sie ohne alles Ansehen in höchster Dürftigkeit, so dafs sich viele, um doch die persönliche Freyheit zu retten, gezwungen sahen, Parschalken und Parmänner zu werden.

II.

Beschränkung der Freyheit.

Schon unter den Nachfolgern Karl des Großen ward der obrigkeitliche Schutz des Staats immer unkräftiger, ja gerade die Priester der Themis wurden die Zerstörer der Volksfreyheit, indem sie die ihnen vom Staate anvertraute Macht dazu brauchten, um das Volk für sich frohnpflichtig zu machen. Wenn sich gleich gegen das ungerechte Betragen der Vögte öfters die Stimme der Kaiser und Fürsten erhob, und Befehle über Befehle an sie erliessen, daß sie keine andere Frohnen von den Unterthanen fodern sollten, als die den Charakter des öffentlichen Zweckes hatten, so konnte doch dem Volksdrucke dadurch nimmermehr eine Schranke gesetzt werden a).

Da in dem 11. 12. 13. Jahrhunderte das Faustrecht immer herrschender zu werden begann, und die Kraft des stärkern Arms für Gesetz und Gerechtigkeit galt, da jeder Mächtige sich erlaubte, was ihm immer gut dünkte, so mußten bey der allgemeinen Begierde nach der

Persönlichkeit des noch freyen Bürgers und seinem freyen Eigenthume natürlich beydes immer mehr getrübt und verringert werden, und wer sich von dem Joch der Leibeigenschaft und dem Verluste seines Guts retten wollte, mußte einem mächtigen Laien oder einem Kloster sein Gut als Opfer bringen, oder wenigstens für seine Person oder Gut einen Zins bezahlen, und aus einem ganz freyen Mann doch wenigstens zum Barman sich erniedrigen *b)*, oder als Ministerial oder Vasall bey einem Mächtigen Dienste leisten.

Dieses Dienstverhältniß war sehr verschieden, und seine Abstufungen waren oft sehr fein ausgebildet. Im allgemeinen war das Dienstverhältniß dreyfach: es war aus dem Hof-, Kriegs- und Landbaudienst zusammengesetzt. Hatte das Dienstverhältniß in der vorigen Periode durchaus etwas verächtliches an sich, so daß sich jeder Freye, wenn er auch arm war, besser dünkte, als der erste Dienstmann des Königs oder Herzogs, so war es itzt doch das umgekehrte Verhältniß, da ganz

allgemein das Ministerial- und Vasallenverhältniß verbreitet war, die ersten Fürsten Deutschlands sich zur Ehre rechneten, durch eines dieser Verhältnisse mit Kaiser und Reich verknüpft zu seyn, und die neugeschaffenen Reichswürden, z. B. das Marschall-Kammer-Truchsefs-Amt als eine charakteristische hohe Auszeichnung durchaus in ihrer Titulatur führten. Diese Würden führten dann die Fürsten, Grafen und Abteyen wieder bey ihrem Hofe ein, und wie die Fürsten um die Reichstitel sich bewarben, so strebten die Grafen dahin, um bey den Fürsten, und die Adelichen bey den Bischöfen, Abteyen und Grafen milites oder ministeriales zu werden, weil sich letztere dadurch auch über den gemeinen Freyen weit mehr erheben, und ihr Gut sichern konnten. Das Amt eines Ministerialen bestand nun darin, dafs er bey grofsen Feyerlichkeiten, bey Gastmählern in einem feyerlichen Kostüme als Dapifer Cellarius etc. oder selbst als Richter und sogar als Vicedom vor Gericht seine Dienste leistete, und so die Pracht des Hofes vermehrte.

te. Während der Vasall als miles das Gefolge seines Herrn vermehren, und ein beständiger Begleiter desselben in den Fehden seyn mußte.

Indefs hatte dieses Verhältniß, eben weil es ein Dienstverhältniß war, doch immer etwas lästiges; sie wurden als Dienstmannen betrachtet, hiengen ganz von der Gerichtsbarkeit ihres Herrn ab, und waren in ihrer Handlungsweise immer beschränkt, und an den Willen ihres Herrn gebunden. Viele davon gehörten sogar ihrem Herrn mit dem Leibe an, und wurden ihres Adels unbeschadet, sogar an andere Herren als Vasallen oder ministeriales vertauschet oder verschenkt; sie selbst aber durften nicht einmal ihr Eigenthum veräußern. Uebrigens bildeten sie eine eigene Kaste, und schlichteten daher ihre Streitigkeiten unter sich durch Austräge, Pares curiae, sie wurden auch bey Aufnahme eines neuen Ministerialen oder Vasallen, oder bey Vornahme einer wichtigen Handlung beygezogen, z. B. bey den Erzstiften und Abteyen kam es oft auf ihre Wahl an,

sie wurden um ihre Stimme befragt, so wie sie bey den Herzogen ihren Rath bildeten c).

Der Landbaudienst war nun freylich nicht so geachtet, wie der Kriegs- und Hofdienst, obwohl er vor beyden nothwendiger war. Die Landbebauer, welche keine eigene, sondern nur eine fremde Erde durchwühlten, hießen Erber, Holder, Huber, Feldner, eine Benennung, die von dem rechtlichen Verhältnisse des Guts hergenommen ward, das sie anbauten, ob sie es als Erblehen. Hold (procarium) oder eine Hube (Huoba mansus) bekamen. Ihr Herr hieß Halsherr.

So wie nun diese Art Landbauer in frühern Jahrhunderten mit dem allgemeinen Namen Barschalker hießen, so nannte man sie in den spätern, besonders in dem 13. und 14. Jahrhunderte Hinderassen, Freysassen, Maier, welche Benennungen heute noch üblich sind.

Der Entstehungsgrund dieser Art von Baumänner mag wohl auch Unsicherheit des Eigenthums, und der durch die Geistlichkeit gebildete religiöse Schenkungssinn gewesen seyn. Da ein Bauer sah,

dafs er sein unbeschränktes Eigenthum nicht mehr länger erhalten konnte, so gab er es lieber einem Mächtigen, oder schenkte es wohl einer Kirche, mit dem Bedinge, dafs man ihm die Benützung desselben gestattete, oder die Kirche hatte das Gut ohne diese Bedingnifs erhalten, die dann sich selbst einen sichern Landmann wählte.

Das Verhältnifs dieser Landbebauer zu ihren Herren bestand nun darin, dafs diese ihnen ein Gut zur Benützung überliessen, jene aber dafür eine jährliche Abgabe entrichteten, die aber sehr verschieden war, je nachdem der Herr bessere oder schlimmere Gefühle für die Menschheit hatte. Gewöhnlich war die jährliche Abgabe 5 Denaren, auch mehr, z. B. 40 Pfennig und alle 3 Jahre noch 20 Pf. Steuer: man mußte sich zu Naturallieferungen verpflichten, wo dann bestimmt wurde, wie viel man Schweine, Fastnachts-Hühner, Hennen, Eier u. dgl. geben mußte.

Ich fand ein Beyspiel, dafs ein Abt selbst dann die volle Abgabe bedingte,

wenn dem Pächter ein Zufall auch alle Früchte vernichten sollte. Wollten diese Baumänner auf dem Gute nicht mehr bleiben, so konnten sie unbedingt abziehen, und einer von den Söhnen trat ein. Gewöhnlich war aber schon im Vertrage selbst die Dauer des Dienstverhältnisses bestimmt *d*).

Eine andere Art der Beschränkung der Freyheit legten sich viele von den Freyen theils ebenfalls psychologisch, theils durch beygebrachte irrige Religionsbegriffe gezwungen dadurch auf, daß sie ihren Leib dem Altäre einer Kirche zinspflichtig machten. Hierin zeichneten sich besonders Frauenzimmer aus, die für die schönen Versprechungen der Männer Gottes und für das Sprüchlein: *melius est, servire Deo et Sanctis, quam liberum esse in hac et perire in altera vita*, weit mehr Sinn haben, und sich daher gerne um jährliche 5 Denar in ihren abgelebtem Alter den Himmel erkaufte. Was könnte wohlfeiler gekauft werden um so einen geringen Preis, und wie zu bedauern sind heute die Matronen, die auch noch um

5 Denare diese Waare kaufen möchten, die aber nicht mehr zu haben ist. Zahlten diese Zinsleute nicht alle Jahr, so wurden sie, wenn gelinde verfahren wurde, im ersten Falle des Saumsals stipendiarii, d. i. sie hatten nun härtere Dienste zu verrichten.

Eine fernere Bedrückung und Beschränkung durch die Unsicherheit seiner Rechte entstand auch dadurch, dafs wegen der allgemeinen Raubbegierde der Grofsen nicht nur einzelne arme Menschen, sondern selbst Klöster sich in den Schutz eines Mächtigen begeben mußten, der sie vor Räubereyen ihrer Person und ihres Eigenthums schützen sollte. Für diesen Schutz mußte der Mundmann auch zahlen, und zwar war es bey den Klostervogteyen als einer öffentlichen Schutz- und Gerichtsanstalt schon durch Gesetze bestimmt, was ein jeder Vogt für sein Mundiburdium und für das Gerichthalten von seinen Mundleuten zu fodern hatte. Gewöhnlich war ihnen erlaubt, von jedem ihrer Mundleute eine Kopfsteuer von drey Denar zu erheben, die auch Vogt-

pfennig hiefs; und wenn sie Gericht hielten, welches Recht sie das Jahr hindurch zwey oder drey Mahl hatten, konnten sie auch Naturallieferungen fodern, die dann gewöhnlich in Getreid, Wein, Bier, Meth, Hüner etc. bestanden, wo das Mafs sich nach der gröfsern oder kleinern Zahl der Unterthanen und ihrer Wohlhabenheit richtete. Allein auch dieses Institut der Klostervogteyen artete aus, und anstatt den Mundleuten und dem Kloster Schutz zu gewähren, hielten sie dieselben zu den härtesten Schaarwerken an und plünderten oft beyde aus, ungeachtet der hierüber von Kaiser Friedrich erlassenen strengern Gesetze, woraus wir sehen, dafs nicht einmal der Kaiser den Ungerechtigkeiten der mächtigen Privaten Einhalt thun konnte e).

a) *M. B.* IV. V. X. IX. XV.

b) *Ruperts* Rechtbuch: Lehenrecht.

c) *M. B.* VII. XVI. *Pfeffel, Gh. Fr.*, Von den baierischen Dienstmannen. München. Akademie 1767. 4.

d) *M. B.* I. III. IV. VI. XII. XIII. XVI.

e) *M. B.* III. V. VI. VII. XVI.

III.

Leibeigenschaft.

Nicht zufrieden mit den Gesetzen, die schon in der ersten Periode die Leibeigenschaft auf verschiedene Weise einführten und billigten, versuchte man auf neuen Wegen die Leibeigenschaft noch mehr zu verbreiten.

Ueber die Entstehungsgründe der Leibeigenschaft drückt sich der Verfasser des Schwabenspiegels sehr kräftig und schön aus: „Da man des ersten recht saczt, do waren die Leut all frey, do unser voderen her zu land komen, do waren die Leut alle frey. Wann in der alten Geschrifft finden wir nit, dafs niemant des andern eygen war. Nach rechter vorcht (Wahrheit) so hat sich eygenschaft erhoben von Zwangsalen und von Fankgnufs von manigen unrechten Gewalt, die die herrn von alter her in unrechte gewohnheyt gezogen habent, und die herren habent das für recht. Nun ist in (ihnen) gestat, das wir in der heyli- gen geschrifft nicht fenden, das nuemant

des andern eygen sol seyn. Nun haben es die herren mit gewohnheyt darzu bracht, das sy es mit recht haben wöllet. Das recht weyfst Got wol, und die heylig geschrift in der man das recht nit vinden kann. Das jm got ergab der er vom ersten ye gedacht oder ye in die gewonheyt bracht; d. i. Gott und die heilige Schrift weifs von diesen Rechten nichts. Möge daher Gott demjenigen gnädig seyn, welcher diefs Recht zuerst erdachte, und es als Gewohnheit einführte.“ c. 54. §. 15.

16. 36—39. Welche schöne Gedanken und Gefühle von einem Manne aus einem Zeitalter, das man gewöhnlich und oft mit Recht das finstere nennt, die aber manchem im 19. Jahrhunderte befremdend vorkommen, und der so lange den ursprünglichfreyen Bauern in der Leibeigenschaft hielt, bis unser Staat sie durch ein menschenfreundliches Gesetz aufhob.

Die Arten, die man für rechtlich ansah um leibeigen zu werden, waren folgende:

1. Zog ein Vergehen gegen verbotene Verwandtschaftsgrade und eine uner-

laubte Handlung den Uebertreter die Leibeigenschaft als Strafe zu *a*).

2. Wurden diejenigen, welche sich einem Kloster als Freye aber unter der Bedingung eines Zinses hingegeben hatten, Leibeigne, sobald sie 3, 4 oder 5 Jahre diesen Zins nicht zahlten *b*).
3. Durch einen vor dem Zweykampfe geschlossenen Vertrag, dafs der Sieger den Besiegten zu seinem Leibeigenen machen dürfe. So verpflichteten sich Hector v. Trautmannsdorf und ein gewisser Siegfried v. Fraunberger bey ihrem Zweykampfe, den sie in Gegenwart Kaiser Ludwig des Baiern hielten, dafs der Besiegte des Siegers Leibeigener seyn sollte. Der Sieger Trautmannsdorf schenkte aber den Besiegten Fraunberger der Kaiserin, und diese gab ihm wieder die Freyheit zurück.
4. Durch die Fortpflanzung. Kinder von Aeltern, wovon beyde oder nur eines, gleichviel, ob es Vater oder Mutter war, wenn es nur keine vornehme

Person war, mußten leibeigen seyn: auch wenn sich ein Freyer mit einer Leibeigenen verheurathete, konnte er in Leibeigenschaft gerathen c).

5. Eine besondere Erscheinung war, daß die von einer leibeigenen Mutter außer der Ehe gebohrnen Kinder nicht dem Herrn ihrer Mutter, sondern dem Herzoge angehörten, der aber häufig zu Gunsten eines Klosters auf dieses Recht verzichtete, und die von einer klosterleibeigenen Mutter außer der Ehe gebohrnen Kinder dem Kloster schenkte d).

Daher war im Kloster Niederalteich ein eigenes Institut, die unehelich gebohrnen Kinder einer Leibeigenen von der Leibeigenschaft wieder loszumachen.

Diese Arten, wodurch man in Leibeigenschaft gerieth, waren gesetzlich, obwohl sie deßwegen nicht rechtlich waren. Allein damit waren die Mächtigen, die Vögte, nicht zufrieden, sie suchten daher auf jedem Wege die Zahl zu ver-

gröfsern und das Volk frohnpflichtig zu machen und des Eigenthums zu berauben. Bitterlich beklagte sich der Abt von Gars: quod per vice-dominum de . . et H. . . nostris illate sunt et cottidie absque rationis debito inferuntur captivaciones et capti sunt nostri homines injuriose et captivi tenentur. H. videlicet civis Salzburg. et quidam alii spoliati sunt et spoliantur quidam de nostris indebite bonis. Insuper angariantur et compelluntur nostri ad insolita et indebita servitia facienda. Sperantes igitur, quod haec et hujusmodi gravamina Dominis nostris ducibus debeant displicere, petimus ex affectu ut eadem et vobis displiceant.“ e)

Das Verhältniß der eigentlichen Leibeigenen, besonders die es durch Verbrechen und uneheliche Geburt waren, und sich nicht loskaufen konnten, war zu ihrem Herrn nicht gelinder, als in der vorigen Periode. Sie waren ohne gemeine Ehre, konnten vor Gericht nicht auftreten, kein Urtheil sprechen oder Zeugen werden, hatten kein liegendes Eigenthum, sondern gehörten zum Hofe ihres Herrn

wie sein Vieh, konnten also von einem Hofe zum andern versetzt, oder verkauft und verschenkt werden.

a) *M. B. I. IV.*

b) *M. B. I. IV.*

c) *M. B. III. V.*

d) *M. B. VI.*

e) *M. B. I. XI.* Eine besondere Erscheinung war auch, daß selbst Adelige, ihres Adels unbeschadet, Leibeigene seyn konnten; auf die Weise zu dienen versprachen, wie Leibeigene ihren Herrn- *M. B. VII. XV. Hund, W., baierisch. Stammb. I.*

IV.

Freylassung.

Eine Freylassung in dem römischen Sinne, daß die Freygelassenen zu nichts als bloß zu einer besondern Ehrenbezeugniss gegen seinen Patron verbunden gewesen waren, gab es in der Regel nicht. Höchst selten ließ ein Herr einen Leibeigenen auf diese Weise los, indem er sich dadurch der Leute zur Bearbeitung seines Guts würde beraubt haben.

Ich fand nur zwey Stellen wo von einem (liberto) Freygelassenen und einem Sohne eines Freygelassenen (libertino), dem der Herr die Freyheit und ein Gut zum Eigenthum gab, die Rede ist *a*).

Bey vollen Freylassungen mag also wohl immer ein besonderes Verdienst zu Grunde gelegen seyn. Die gewöhnliche Freylassung bestand bloß aus einer größern oder geringern Erleichterung des Schicksales der Leibeigenen und zwar, war es gemäß des Zeitalters am üblichsten, entweder durch Loslassung an eine Kirche mit der Verbindlichkeit, daß der losgelassene Leibeigene einen jährlichen Leibzins von 5 Denar pro remedio animae seines Herrn bezahlte *b*): oder eine jährliche Abgabe vom Wachs der Kirche brachte *c*). Man liefs Leibeigene auch dadurch los, daß man sie unter der Bedingung einem Kloster schenkte, daß sie dort das Recht eines gemeinen Ministerialis oder miles geniefsen, oder zur Klosterfamilie gerechnet wurden *d*). Der Herr selbst machte aus einem bloßen Leibeigenen einen Zinsmann und Erben, End-

lich scheint es aus vielen Urkunden, daß ein Leibeigener auch das Recht hatte, mit seinem Gelde, wenn er so viel sich erwarb, sich loszukaufen, oder durch einen Dritten sich loskaufen zu lassen e).

Hieher gehört nun auch das zu Niederalteich bestandene Institut, um die von einer Leibeigenen des Klosters außer der Ehe gebornen Kinder aus der Leibeigenschaft loszukaufen, und zu legitimiren. Es war für alle dergleichen Kinder, die chesbs - chint hießen, ein Curator, den man Chuntmeister nannte, und dieses Amt vom Kloster zur Lehne erhalten hatte, bestellt. Diesem lag es ob, auf die unehelichen Kinder zu sehen, und sobald eines so groß war, daß es frey bis an den Gipfel oder First eines Hauses hinaufblicken konnte, den Aeltern des unehelichen Kindes anzuzeigen, daß sie es von der Leibeigenschaft loskauften, damit es dadurch legitimirt, und das Recht der Erbleute erhielt. Nun mußten die Aeltern bey dem Abte um die Erlaubniß anhalten, und nachdem sie diese erhalten hatten, dem Chuntmeister die Los-

lassung mit 5 Denar bezahlen, dann gieng die Legitimation folgender Weise vor sich. Der Chuntmeister machte vor der Pfarrkirche öffentlich bekannt, daß dieses unehelich geborne Kind von der harten Leibeigenschaft (servitium majoris census) ausgenommen, jenes Recht erlangt, welches die Erber hatten, und zur Ablegung eines Urtheils und Zeugnisses fähig sey. Von dem väterlichen und mütterlichen Erbe konnte es aber doch nur so viel besitzen, als die Aeltern ihm als eine Schenkung unter den Lebenden gaben. Wurde diese Loslassung und Legitimation unterlassen, so lag sie dem Kinde selbst ob, sobald es im Stande war in einem Jahre 30 Denar zu verdienen. Allein wenn es sich selbst loskaufte, so mußte es dem Chuntmeister 24 Denar zahlen, und dann wurde es mit eben den Feyerlichkeiten von der harten Leibeigenschaft befreyt. Kaufte es sich nicht los, so hatte der Chuntmeister das Recht sich aller Haabe des Kindes zu bemächtigen und selbige in 3 Theile zu theilen, wovon 2 Theile der Kloster-Kammer, ein Theil aber ihm

zufielen. Das unehelich geborne Kind selbst wurde von ihm gefangen abgeführt und auf einen Klosterhof, wo es der Abt haben wollte, gesetzt, und dort wie ein Leibeigener zur Arbeit beständig gehalten *f*).

Aus den angeführten Loslassungsarten sehen wir, daß kein Leibeigener durch sie seine volle Freyheit erhielt; daß aber diejenigen, die einer Kirche zinspflichtig gemacht wurden, am besten daran waren, weil sie mit Ausnahme des jährlichen an der Kirche zu entrichtenden Zinses gewöhnlich keine andere Dienstleistung mehr auf sich hatten, obwohl es auch Ausnahmen gab, und sie für den Tod und das Heurathen nebst dem Zinse noch zahlen mußten, und ihre Töchter, und oft ihre Söhne wie bey dem Kloster Rott mit Parschalken-Eigenschaft frey waren. Dieser Zins durfte oft nicht alle Jahre, und nicht von jedem Familiengliede, sondern von dem Aeltesten oder erst dann gegeben werden, wenn der Zinser sich verheurathete *g*).

Alle übrigen Leibeigenen, die auf dem Gute gelassen, das ihnen zum Erb-
recht oder mit Auflegung eines Zinses zur
Bebauung eingeräumt wurde, hörten nicht
auf hörig zu seyn, sondern ihre Frey-
lassung bestand wohl nur in der bessern
Behandlung, in der Veränderung des
Namens, (man hiefs sie gewöhnlich eigene
Leute) und in dem Rechte sich Eigenthum
zu erwerben. Nur der Staat allein be-
trachtete sie wie freye Leute, da er sie
vor Gericht auftreten liefs, sie zu Ur-
theilssprechern und Zeugen wählte, wo-
durch er ihnen offenbar den Character
der Persönlichkeit ertheilte *h*).

Der Herr konnte seine eigene Leute
immer noch wie wahre Leibeigene ver-
äußern, aufer er machte einen unter ih-
nen unter der Bedingung zu einen ge-
meinen Ministerialen eines Klosters, dafs
er nicht mehr veräußert werden sollte;
wenn sie ihm davon liefen und in eine
Stadt sich flüchteten, wenn er sie in-
nerhalb einem Jahre gefodert hatte, 14
Tage vor Lichtmefs heraus fodern *i*).

Oft wurden auch gewisse Handlungen unter der Androhung des Verlustes der Gnade geboten oder untersagt und in dem Falle, daß ein eigener Mensch diese verlohr, zur Strafe seines Erbrechtes beraubt, wenn er sich nicht durch ein hübsches Stück Geld die Gnade des Abtes innerhalb 14 Tagen wieder erwarb.

Jedoch hatten dieses Recht *jus capitale* (vielleicht so viel als Halsrecht, da der Herr Halsherr hiefs) die Herzöge schon früher einigen Klöstern gegeben, z. B. dem Kloster Kühbach. Dieses Kloster durfte alle ihre Leute, die Zins- wie die eigenen Leute, wo sie sich immer befanden, heraus holen und zu ihrem Landbau zurückführen *k*).

Die in oder außer der Ehe erzeugten Kinder derjenigen eigenen Leute, unter denen der Mann einem andern und das Weib auch einem andern Herrn angehörte, wurden ihren Aeltern entrissen, und unter die zwey Herrn auf die Weise getheilt, daß bald jeder Herr gleich viele Kinder bekam, oder der erstgeborne Sohn den Herrn des Vaters ausschliesslich ge-

lassen, oder der Herr, der Mutter das Recht auf den Erstgeborenen hatte, wie dieses auch im Schwabenspiegel vorkömmt *l*).

Starb ein eigen Mensch, so bekam der Herr nicht mehr dessen ganzes Vermögen, sondern nur den besten Theil, Besthaupt genannt, z. B. von einem Weibe das beste Kleid, von einem Manne die beste Hausfahrniss. Heurathete ein eigen Mann, so mußte er die Erlaubniss ebenfalls mit Geld bewirken *m*).

Alle diese Verhältnisse beruhten auf keinem allgemeinem Grundsatz, sondern in der Willkühr der Herren, und waren so verschieden als die Gefühle der Herren für Menschenrechte verschieden seyn konnten.

Bey der Ansprache eines Menschen als eines eigen Mannes, mußte der Herr den Beweis durch 7 Zeugen und den Nagelmagen desjenigen, welchen er als eigen ansprach, führen *n*).

a) M. B. IV. VI.

b) M. B. IV.

c) M. B. VI.

d) *M. B. I. IV. VII.*

e) *M. B. IV.*

f) *M. H. XI.*

g) *M. B. I. IV.*

h) *M. B. XI.*

i) **Ottonische Handfeste:**

k) *M. B. XI.*

l) *M. B. VI. XVI.*

m) *M. B. XI. XVI.*

n) *M. B. VI.*

V.

A d e l.

Des Menschen Streben immer höher sich zu erheben, und stolz auf die andern hinabzublicken, wenn es auch auf Kosten der gerechten Sache geschehen sollte, hatte auch hier neue Erscheinungen hervorgebracht. Die Grafen, denen Carl. M. gewisse Distrikte gab, um dort sowohl als Richter den Unterthanen das Recht zu sprechen, als sie im Kriege anzuführen, hatten nun diese Distrikte Grafschaften genannt, unter den schwachen Regenten mit ihren ohnehin schon großen

Besitzungen vereinigt, und erblich gemacht. Sie betrachteten sich itzt als Herren dieser Distrikte, und waren es in der That, denn sie herrschten über dieselben eben so unabhängig, wie der Herzog, nannten sich Landherrn und Fürsten von Baiern, waren Reichsunmittelbar und schrieben sich von Gottes Gnaden *a*).

Nur in Hinsicht solcher Angelegenheiten, welche das Wohl des ganzen Landes betrafen, dann in Rücksicht ihrer Personen und der Streitigkeiten unter einander, erkannten sie die Landeshoheit und Gerichtsbarkeit des Herzogs an *b*).

Freylich wäre dieses Band mit dem Herzoge ganz locker gewesen, wenn nicht das germanische Vasall- und Ministerialverhältniß diese Dynasten noch enger an den Herzog geknüpft hätte. Allein da sie als edle Dienstmannen Güter von den Herzogen besaßen, die sie zu besonderer Treue verpflichteten, so waren sie zu engern Unterthanspflichten verbunden, so daß sie im Kriege als Fehdeleute und

im Frieden als Staats- und Hofdiener immer um den Herzog seyn mußten.

Eben diese Rechte hatten sich auch die Bischöfe und Klöster erworben, und auch sie standen bloß durch diese Verhältnisse mit dem Herzoge im nähern Zusammenhange. So wie die Grafen, Landherrschaften, Bischöfe und Aebte den hohen Adel bildeten, so machten ihre Milites und Ministerialen und die niedrigern Ministerialen des Herzogs den niedern Adel aus. Aus der Sitte, daß das Gefolge der Grafen, Bischöfe und Aebte bey jeder Fehde zu Pferde erschien, nannte man dieses Gefolge die Ritterschaft, den rittermäßigen Adel. So geringe auch diese den Ritteradel bildenden Ministerialen von ihren Herren und dem Herzoge behandelt wurden, daß er sie beliebig zur Pfandschaft verschrieb, und ihre Töchter und Wittwen beliebig zu Heurathen zwang, die er haben wollte, so sehr wußten sie sich doch durch ihre Bemühungen über den gemeinen Freyen heraufzuheben und durch ihre in Lehen erworbenen Güter Glanz zu verschaffen, daß sie schon lange

das Verächtliche, das der Freye einst in einem Ministerialen erblickte, vertilgt hatten, und sie denselben itzt schon Achtung zollen mußten, da sie selbst viele ehemalige Freye unter ihre Hörigen zählten. Sie nannten sich Dominus, z. B. Dominus Otto Miles de Marendorf oder Ritter, z. B. Heinrich der Marschall, in Pappenheim Ritter, da der Unterschied, ob sie einst freygebohrne oder eigene Menschen waren, aufgehört hatte, oder doch nicht mehr berücksichtigt wurde. Endlich war dieser Ritterstand selbst der Stamm, aus welchen die neuen Grafen und Freyherrn hervorkamen.

Zwischen dem hohen und niedern Adel war auch noch eine mittlere Stufe, die jene alten Freyen bildeten, die sowohl ihre Person und ihr Eigenthum immer frey erhalten hatten, und nie in einem solchen Ministerialverhältniß waren.

Wenn wir nun einen Blick auf den Adel unter den Agilolfingern zurück werfen, so muß uns die Veränderung dieses Verhältnisses zwar bewunderungswür-

dig, aber auch schmerzlich vorkommen, weil in dem Verhältnisse als der Adel wuchs, die Zahl der gemeinen freyen Bürger sich verminderte. So wie der alte baierische Adel, der bloß aus fünf adelichen Familien bestand, und keine andere Auszeichnung, als die einer höhern Wehrung und einer höhern Achtung in dem freyen Volke genoß, verging, so sank auch die Freyheit des Volkes, aus dem zwar viele Adelige, aber noch mehr Leibeigene hervorgetreten waren, bis sich das bürgerliche Leben in den Städten und Märkten ausbildete, und da die gemeine Freyheit in einem höhern Glanze erschien.

a) *M. B. III. IV.*

b) *Zirngibl, R., Abh. wie und aus welchen Ursachen und wann sind die Lande zu Baiern verfallen?*

VI.

E h e n.

Während sich alles so sehr in dem persönlichen Rechtsverhältnisse geändert

hatte, blieb die Ansicht der Ehe dieselbe. Die Kirche hatte auf die Eheverhältnisse den größten Einfluß. Es schien, als suchte sie da Ordnung zu erhalten, wo alles zu Trümmern gieng: diese Verwirrung war auch für sie die beste Gelegenheit fremde Rechte sich zuzueignen. Die Geistlichkeit war die Wächterin, daß keine unerlaubte Ehe geschlossen, daß kein Ehebruch sollte begangen werden, und wenn es doch geschah, daß es sogleich dem Bischofe angezeigt würde, indem der Bischof allein hier über die ehelichen Verhältnisse zu entscheiden sich die volle Macht gab: und jeder untergeordnete Geistliche mit 6 monatlicher Suspension und willkührlicher Geldstrafe belegt wurde, wenn er sich unterstünde, in Ehesachen und ihren Hindernissen ein entscheidendes Urtheil zu fällen *a*).

Weil die Kirche nun entschied über dergleichen Vergehen, so war auch die Strafe immer eine kirchliche, und zwar wurde oft eine solche geistliche Strafe über einen solchen Gegenstand verhängt, der nichts weniger als geistlich war. So

wurde ein Mann exkommunicirt, weil er nicht mehr mit seiner Gemahlin der ehelichen Liebe pflegen wollte. Ein Ehemann wurde exkommunicirt, weil er nach Regensburg zum Consistorium geschickt, weil ein Geistlicher erfuhr, dafs der Vater des Ehegemahls seine Gattin aus der Taufe gehoben hatte. Gelobte man einem Mädchen die Ehe öffentlich (*laudamento interposito*), so mußte der Mann dieselbe auch heurathen, weil das gegebene Wort zweyfach verbindlich ist, vermöge des Vertrages und der Einwilligung, und weil das vermöge des Vertrags gegebene Wort für sich schon nicht zuläfst ein anderes Mädchen zu heurathen, und wenn er es thut, so handelte er gegen sein gegebenes Wort, und mußte Buße thun *b*).
 Merkwürdig ist es, dafs, da schon unter Karl d. Gr. der Concubinat als ein der, zum Sakrament erhobenen, Ehe ganz widersprechendes, Institut auf alle mögliche Weise verboten wurde, es doch scheint, als wäre derselbe durch die lange Gewohnheit gesetzlich noch immer gebilligt gewesen. Diejenigen Kinder, welche

aus einer Concubine, wenn sie nur ein freygebohrnes Frauenzimmer war, erzeugt wurden, besaßen immer die Güter ihres Vaters zu ihrem lebenslänglichen Nutzgenusse oder wohl auch eigenthümlich, auch selbst die Concubine hatte dieses Recht. Ein solcher Sohn konnte auch mit seinem Vater Zeuge seyn, und war überhaupt zu allen bürgerlichen Geschäften für eben so fähig angesehen, als wie der ehelich Gebohrne *d*).

Auf das Bestreben des Adels einen für sich geschlossenen und von allen niedern Verbindungen reinen Kreis zu bilden, kam noch ein anderes vorhin unbekanntes Institut zum Vorschein, nämlich das Rechtsverhältniß der ungleichen Ehe. Eine Ehe war für eine ungleiche gehalten, wenn ein Adelicher eine Frau nahm, die nicht aus dieser Kaste gebohren ward. Das Recht der ungleichen Ehe bestand darin, daß die Kinder aus einer solchen Ehe nicht die Rechte ihres Vaters genossen, und durchaus von der väterlichen Erbschaft ausgeschlossen wurden. Es wurde z. B. von dem Klo-

ster Gars gegen die Söhne eines Adeli-
chen, die er aus einer zur Frau genom-
menen Magd erzeugte, ein hitziger Streit
geführt, wegen Ausschließung aus dem
väterlichen Allode. Ein andermal schloß
der Vater die Kinder, die er aus einer
ihm an Adel nicht gleich kommenden
Gemablin erzeugen mochte, selbst von
der Erbschaft aus *d*).

Eine sehr gewöhnliche Erscheinung
dieser Zeit ist, daß die Aeltern ihre Kin-
der sehr häufig an ein Kloster als zins-
pflichtig hingaben, um derselben Seelen-
heil zu begründen, und sie der Leibei-
genschaft zu entreißen, in die sie später
doch gestürzt wurden.

Um die häuslichen Verhältnisse desto
mehr empor zu heben, brachte die Frau
dem Manne eine Haimsteuer, oder wenn
die Frau kein Vermögen hatte, und der
Mann reich war, gab er ihr eine Haim-
steuer, die lateinisch *Dos* hiefs. Der
Mann gab ihr eine Morgengabe, als ei-
nen Beweis seiner ehelichen Liebe, und
für die von ihr eingebrachte Haimsteuer
brachte er ihr auch das Geschenk der

Wiederlegung. Oft brachte auch die Gattin ihrem Manne ein Geschenk propter nuptias, das ihm auch eigenthümlich angehörte. So lange der Mann nun mit seiner Gemahlin ehelich lebte, war er Nutznießer sowohl von der Haimsteuer, Morgengabe als der Wiederlegung. Wie viel man zur Morgengabe geben wollte, war verschieden, nach den Vermögensumständen des Mannes; es heißt 10 Pfund, 20 Pfund, auch 2 Pfund, wohl auch das ganze Vermögen *e*).

Bey dem Tode eines Ehegatten erbte der Ueberlebende sowohl Morgengabe und Wiederlegung, als auch die Haimsteuer, wenn keine ehelichen Kinder vorhanden waren *f*).

Merkwürdig ist nun die bey Verzichtleistungen der Morgengabe von den Frauen beobachtete Feyerlichkeit. Das Gewöhnlichste war, daß die Frau auf der Reichsstrasse mit Ablegung eines Eides und Haltung der Hand an ihre Brust auf ihre Morgengabe Verzicht leistete *g*).

Die Gewohnheit, daß das Weib mit Ablegung eines Eides auf ihren Brüsten,

auf ihre Morgengabe Verzicht leistete, ist auch im Schwabenspiegel; allein die Förmlichkeit „auf der Reichsstrasse“ ist nicht angeführt. Ich glaube diese Gewohnheit war viel jünger als der Schwabenspiegel, denn sie ist erst im 14. Jahrhundert besonders üblich geworden.

a) M. B. XVI.

b) M. B. I.

c) M. E. I. IV. V. VI.

d) M. B. I. VII.

e) M. B. VII. VIII. IX. XVI. V.

f) M. B. V:

g) M. B. I. VII.

VII.

Vormundschaft.

Während die Leges Bajuv. über die vormundschaftlichen Verhältnisse und Volljährigkeiten tiefes Stillschweigen beobachteten, so kommen in den M. B. öfters hierüber Bestimmungen vor. Es konnte ein Minderjähriger durchaus keine gültigen Verträge schliessen, sondern man

musste bey jedem Vertrage, wo ein, einem Minderjährigen gehöriges Gut oder Recht veräußert wurde, Bürgschaft leisten. Dafs der Minderjährige, wenn er ad annos discretionis (viriles) komme seine Einwilligung dazu geben werde.

Wurde ein Gut während ihrer Minderjährigkeit veräußert, so konnten sie, wenn sie grofsjährig waren, diese Veräußerung als ungültig anfechten. Da sie nun in rechtlicher Hinsicht ganz für Willenlos angesehen wurden, so gab man ihnen einen Tutor, Pfleger oder Gerhab, der bey allen bürgerlichen Geschäften für sie die Einwilligung erteilte, und die Verwaltung über alle Güter seiner Pflegebefohlenen bis zu ihrer Grofsjährigkeit führte, wo er dann die Vormundschaft ablegte, und die Verwaltung der Güter den Grofsjährigen selbst übergab. Der Pfleger war immer aus den Verwandten des Minderjährigen selbst a).

a) *M. B. III. VI. IX.*

VIII.

V o l l j ä h r i g k e i t.

So viel in den M. B. über Volljährigkeit vorkömmt, so ist doch das Jahr der Volljährigkeit nie genannt. Es heisst zwar einmal: „Otkarus delegavit praedium ea conditione, ut si filius ipsius Otkarus heredem duodecim non habens, decesserit, praedium ad . . . pertineat.“ Allein aus diesem kann ich doch nicht glauben, dass das 12. Jahr schon das Jahr der vollendeten Minderjährigkeit gewesen wäre, vielmehr ist wahrscheinlich, dass man sich in Baiern an die allgemeine Sitte hielt, mit dem Alter der Waffenfähigkeit, die Zeit der Großjährigkeit zu verbinden, und das achtzehnte Jahr dafür anzunehmen. Freylich nur als letztes Jahr: frühere Wehrmachung konnte auch Statt haben, und zwar um so mehr als in Baiern langobardische Einrichtungen nicht unbekannt waren, wo zwölf Jahre schon das gesetzliche Alter machten *a*).

*) Das ein und zwanzigste Jahr, das itzt in Baiern die Ziffer der Großjährigkeit ist, ist ein will-

kühnliches Mittelding zwischen dem alten Herkommen und der neuen Rechtsformel. Immer zu spät für den Kriegsdienst, immer zu früh für Handlungen nach fremden und verwickelten Gesetzen.

IX.

E r w e r b.

Nicht mehr so uneingeschränkt wie in der vorigen Periode war die Erwerbsfähigkeit des Bürgers. Die Erwerbung durch Occupation war für den gemeinen Staatsbürger verloren, da alles noch unbesetzte öde Land schon zum Staatseigenthume gemacht wurde. Die Erwerbung durch natürliche Accession war auch nicht mehr ganz frey, sondern dasjenige, was durch dieselbe, z. B. durch alluvion hervorgieng, wurde als eine öffentliche Erwerbung angesehen, und erst durch den Staat an die Privaten auf ihr Ansuchen verliehen, und umgekehrt *a*).

Allein was in der vorigen Periode sogar für eine gesetzwidrige Erwerbsart gehalten wurde, das war itzt für eine vollkommen gerechte angesehen, näm-

lich die Verjährung. Die Urkunden sprechen von 30, 40, 60jähriger Verjährung. Die 40jährige kommt bey einem Streit über den Besitz einer Kirche, und die 30jährige bey einem Streit über eine Dienstbarkeit vor *b*).

Zu dieser Verjährung war ruhiger Besitz, ein gerechter Titel und der Ablauf der gehörigen Zeit, die durch Zeugen mußten bewiesen werden, erforderlich.

Die Erwerbung durch Uebergabe war allein unverändert geblieben; aber die Veräußerungsfreyheit der Güter hatte sich verändert. Das alte Gesetz wurde nicht mehr beobachtet, daß der Vater nur seinen Antheil an den Gütern veräußern könne, nachdem er mit den Kindern getheilt habe, und so kamen ganze Familien durch die Unwissenheit oder Gutmüthigkeit des Einen um ihr Vermögen. Es suchten also itzt die Kinder solchen willkührlichen Veräußerungen sich zu widersetzen, oder denselben erst durch ihre Einwilligung die Gültigkeit zu verschaffen. Wollte daher ein Baiuarier ein Gut oder ein Recht, das

zur Familie gehörte, veräußern, so mußte er nicht nur die Einwilligung seiner Verwandten, sondern wenn er ein Familienvater war, seiner Söhne, Töchter und Gattin erhalten *c*).

Waren die Frauen zur Zeit der Veräußerung schwanger, so mußten sie für sich und für ihr im Schoosse tragendes Kind durch den Gürtel auf alle Rechte des zu veräußerenden Gutes verzichten *d*).

Bey der erfolgten Uebergabe bediente man sich verschiedener Zeichen, z. B. eines Kreuzes, eines Stabes, eines Huts u. dgl. *e*).

Mit der Freyheit der Güter sah es aber sehr schlimm aus. Da diese mit der völligen Persönlichkeit des Staatsbürgers so ziemlich gleichen Schritt hält, so mußten auch diese immer mehr vernichtet werden, wie die Persönlichkeit des Bürgers immer mehr verschwand.

Frömmeley, und das gewaltige um sich greifen jedes Mächtigen wußten die freyen Güter des Baiuarians auf verschiedene Weise den Klöstern und den Mächtigen zinsbar zu machen.

Da die Mönche für das ewige Seelenheil nur gegen Geschenke versprachen, so gaben die gutmüthigen Menschen gerne pro remedio animae suae ihre Güter zum Opfer, oder wenn sie nicht das Gut ganz aufgaben, so verpflichteten sie sich doch zu einer immer währenden Gutsabgabe. Da ferners die Gesetze schwiegen, der Schutz des Staates zu schwach war gegen die Plünderungen der Mächtigen, so ward der eben so freye aber hülflöse Bürger in den Schutz eines andern sich zu begeben gezwungen. Dieser gewährte ihm nun freylich Schutz, allein nicht umsonst, sondern er mußte sich auch zu einer ewigen Gutsabgabe verpflichten.

So verwandelte sich der freye ludeigene Hof des Baiuarers in eine mit Abgaben belastete arme Wohnung, und seine freyen Grundstücke in Praecarien, Beneficien, Vitalitien oder Erblehen und Erbrecht. Der rechtliche Unterschied dieser verschiedenen Benennungen ist nicht gar groß; denn auch das praecarium gieng oft auf alle Descendenten über, meistens dauer-

te es so lange, als derjenige, der es erhielt, lebte. Das Vitalitium gieng gewöhnlich auf Vater und Söhne. Die Beneficien waren eine Art von Lehen, die immer nur ein miles bekam. Das Erbrecht, Erblehen (die emphiteusis nach römischen Rechts-Begriffen war noch nicht bekannt) gieng auf die ganze sowohl männliche als weibliche Nachkommenschaft; manches Mahl aber mit dem Beding, dafs der Besitzer verbindlich wurde, eine Person aus der Familie des Klosters, die der Abt bestimmte, zu heurathen f).

So verschieden nun die Benennungen dieser Güter sind, so haben sie doch alle die Eigenschaft gemeinschaftlich, dafs auf allen die Pflicht einer Abgabe haftete; die Namen dieser Abgaben sind eben so verschieden. Sie kommen unter dem Namen der Zehende, Gülten, Weisat, Herbst - Fastnachtshüner u. dgl. vor. So vermachte Agnes Laugingerin dem Kloster einen Hof, der alle Jahr gultet vier Pfund Haller, ein Herbsthun und vier Fastnachtshüner, 150 Eier und ein Weyshait oder 600 ysig Haller; es wurde

als eine ewige Gült verschrieben jährlich ein hundert Käse zu geben g). Neben diesen Beschränkungen gab es doch die eigentlichen Grund-Dienstbarkeiten, wo Grund dem Grunde, nicht aber den Personen dienet, sie liegen in der Natur, konnten aber doch nur durch Verträge entstehen, bey welchen sogar Entschädigung gewähret wurde h).

a) M. B. XIII. XV.

b) M. B. I. III.

c) M. B. III. VII. und allenthalben.

d) M. B. I.

e) M. B. III. IV.

f) M. B. I. IV. XI. XIII.

g) M. B. III. VII. XVI.

h) M. B. I.

V.

Verträge.

Das Vertrags-Verhältniß ist sich ziemlich demjenigen aus der vorigen Zeit gleich geblieben, bloß hie und da haben sich neue Gebilde neben den alten fest-

gesetzt. Jeder Vertrag wurde, wie in der vorigen Periode, schriftlich verfaßt, und mit dem Siegelring beyder oder doch eines Theils von den Vertragschliesenden versehen, und immer angemerkt, dafs, wenn ein Theil keine Siegel hatte, er selbst es von einem andern erbeten und gebraucht habe. Nebst den Siegeln wurden noch Zeugen bestellt, die itzt more bavarico, da sich das Gesetz hierüber nur als Gewohnheit noch erhielt, immer noch bey dem Ohre gezupft wurden. Diese Gewohnheit erhielt sich bis in das 13. Jahrhundert, und dieses Ohrzupfen mußten sich selbst Fürsten gefallen lassen *b*). Zur Bekräftigung und zum Zeichen des geschlossenen Vertrags reichten sich die Contrahenten die Hände, oder legten wechselsweise einen Eid ab *c*). Neue Vertragsarten sind nicht entstanden, aber die Verhältnisse der Verträge findet man mehr entwickelt als in dem vorigen Zeitraume, wo noch die rechtlichen Begriffe ziemlich mager waren, besonders über einige Vertragsarten.

Ich will nun daher die Verträge einzeln durchgehen, und die rechtlichen Bestimmungen, die sich durch die Gewohnheit gebildet haben, anführen.

1. Leibeigenschafts-Vertrag.

Dafs sich ein Bürger freywillig der vollen Persönlichkeit begeben hatte, finde ich nicht, sondern es herrschte nur die Gewohnheit sich pro remedio animae gegen 5 Denar einem Kloster hinzugeben, wie ich schon oben zeigte.

2. Dienstvertrag. Diesen kann ich hier übergehen, da ich schon oben dessen Verhältnisse auseinander setzte.

3. Von dem Hinterlegungsvertrag war ich nicht so glücklich einige Spuren aufzufinden.

4. Von dem Kaufe. Ueber die Verhältnisse dieses Vertrages selbst kommt nicht viel vor; desto mehr aber die diesem Hauptvertrag beygefüigten Nebenverträge. Unter diesen Nebenverträgen kommen vor: 1) das Einstandsrecht der Verwandten in den allodial Gütern; 2) das Vorkaufsrecht; 3) das Recht wieder zurückzukaufen.

Das Einstandsrecht der Verwandten bestand darin, daß einer unter ihnen immer das Recht hatte, das einst ihnen gehörige Gut gegen Erlegung des Kaufschillings einzulösen *d*).

Das Vorkaufsrecht war auch ein Familienrecht, vermöge dem ein Gut, daß einstens zur Familie gehörte, wenn es wieder verkauft wurde, ihr zuerst zum Kauf dargeboten werden mußte *e*).

Das Zurückkaufungsrecht bestand darin, daß der Verkäufer das Recht hatte, innerhalb einer Zeit von zwey oder mehrern Jahren, aber allzeit um Lichtmeß, welches die Lösungszeit hieß, das Gut wieder zu kaufen, jedoch mit dem Beding, daß, wenn er es noch einmal verkaufen sollte, er es nur an den ersten Käufer verkaufen darf *f*).

Natürlich aber war dieser Rückkauf als ein neuer Kauf zu betrachten, und der gegenwärtige Käufer als vollkommener Eigenthümer zu betrachten. Um den Käufer zu überzeugen, daß man seine eigene Sache verkauft, und er ohne alle Ansprache das Gut besitzen könne, ward

bey dem Kaufe noch ganz allgemein die Gewährleistung eingeführt, vermöge welcher bey allenfalls eintretender Ansprechung des verkauften Gutes der Verkäufer verpflichtet war, selbes zu verantworten, und im Falle, dafs es von dem Dritten entwährt würde, dem Käufer ein anderes Gut von gleichem Werthe zu geben. Allein diese Gewährleistung ist so verschieden, dafs man nirgends deutlicher als hier sieht, wie sehr es an einem allgemeinen Gesetze mangelte, und statt einer aus einem allgemeinen Grundsatz ausgehenden Gesetzgebung blofs die Macht der Gewohnheit und die Willkühr der Vertragsschliessenden herrschte. Ich treffe hier nicht nur das in den LL. Baiuvariorum gewöhnliche Suiro noch an, sondern es war die Gewährleistung, wie es scheint bey den Baiuariern nur eine eigene Gewohnheit, weil nur sie von dem grossen Kaiser Ludwig in sein Rechtsbuch aufgenommen wurde, nämlich blofs ein Jahr Gewährrschaft zu leisten, und zwar ohne den Einlagerungsvertrag, obwohl sie auch mit diesem angetroffen wird g).

Neben diesen Gewohnheiten richtete man sich hierin noch nach dem Schwabenspiegel, und selbst in die Formeln des römischen und kanonischen Rechts wurde die Gewährleistung hineingezwängt, z. B. heisst es: „Renunciantes omni juri suo et omni exceptioni doli mali et omnis juris et facti auxilio, per quod contra venditionem homines possent in futurum aliququaliter se tueri“, oder: „Renunciamus ergo in praescriptis omni Juris et legum auxilio, canonici vel civilis beneficio restitutionis in integrum et exceptionum: quod pecunia in nostrum utilitatem est conversa praetextu alicujus constitutionis canonici vel civilis omnibus indulgentiis privilegiis seu rescriptis a sede apostolica impetratis vel etiam impetrandis omni exaeptione coherenti rei vel personae, actioni defensionis rei et legi per quod vel proquahaec praesens nostra venditio donatio renunciatio instrumentum vel factum impediri valeat vel re impugnari.“ Ferners: „Renunciantes omni actioni et quaerimoniae juris ecclesiastici et civilis, omni beneficio legum et cano-

num, omni exceptioni in genere et in specie, omnibus litteris impetratis vel impetrandis praecipue autem exceptioni non numeratae pecuniae“ etc. *h*).

Die gewöhnlichste Art der Gewährleistung war aber auf 10 Jahre 1 Tag, oder 10 Jahr und darüber, die wahrscheinlich aus dem Schwabenspiegel entlehnt worden ist, aber in Baiuarien als eine einheimische gepflegt wurde, da es immer heisst: nach Landes-Grafschaft und aigens Recht, ja es heisst oft sogar noch bairischen Recht *i*).

Diese Gewährleistung von 10 Jahr hatte folgende Eigenschaften: Es wurden während dieser Zeit Bürgen gesetzt, oder ein bedeutendes Gut von gleichem Werthe zur Sicherheit (Stattung) gegeben, oder es wurden Bürgen und zugleich ein Gut zur Stattung gesetzt. Sprach nun innerhalb diesen Jahren Jemand das verkaufte Gut an, so hielt sich der Käufer an das zur Stattung gegebene Gut, oder er foderte die Bürgen auf, dafs sie sich einlagern sollten, bis der Verkäufer, für den sie Bürgschaft leisteten, den Rechts-

streit gewonnen oder sich mit dem Käufer ganz abgefunden hatte. Diese Verbindlichkeit der Bürgen sich einzulagern bildete das Einlagerungs-Recht (*jus obstagii*), welches natürlich nur durch den geschlossenen Vertrag seine Kraft erhielt. Dieser Vertrag bestand nun darin: der Verkäufer bestellte Bürgen, die dann im Falle, daß der Käufer in dem ruhigen Besitz des gekauften Guts gestört würde, sich nun auf des Verkäufers Unkosten in einem bestimmten Ort einfinden mußten. Der Ort wurde genau bestimmt, meistens war es ein Gasthaus in einer Stadt, eben so wurde auch ausgemacht, wie viel Bürgen, dann ob sie sich in eigener Person oder nur durch rittermäfsige Knechte stellen sollten, und endlich wie viele Knechte, Mägde und Pferde mitgenommen, wie lange sie in der Einlagerung bleiben sollten, bestimmt. Manchmal aber verpflichtete der Schuldner auch, daß er sich selbst einlagern wolle.

Wollten sich die Bürgen zur versprochenen Einlagerung nicht in Güte

verstehen, so hatte der Käufer das Recht, sie dazu mit Gewalt anzuhalten, z. B. sie zu pfänden, wenn er nur auch die physische Gewalt besaß.

Allein, da derjenige, der das Einlager nicht hielt, für ehrlos gehalten, und jedem deutschen Mann die Treue als die schönste Tugend galt, so war dieser Fall nicht nur selten, sondern diese Einlagerungen arteten in Gastereyen aus, so daß dieses Einlagerungs-Recht, das schon zu Karls d. Gr. Zeiten bekannt war, im Jahre 1577 durch einen Reichsabschied gänzlich aufgehoben wurde *k*).

5. Von dem Tausch-Vertrag. Dieser Vertrag ist sehr oft anzutreffen, aber ohne feinere Bestimmungen, sondern bloß nach dem schlichten Menschenverstand geschlossen. War ein Gut mehr werth als das andere, so wurde dieses besonders noch vergütet, nachdem zwar die Schatzmänner durch einen Eid die Summe, welche das eine Gut mehr werth war, bestimmt hatten.

Zur größern Sicherheit wurde auch hier Gewährung geleistet, jedoch ohne

Bürgen und den Einlagerungsvertrag, versprach bloß derjenige, der sein Gut mit dem des Klosters verwechselt, des Gotteshaus Gewähr zu seyn, ohne daß das Gotteshaus ebenfalls diese Verbindlichkeit auf sich genommen hätte *l)*.

6. Von dem Darlehen. Bey diesem Vertrag ist das besondere, daß er, da die Zinse durch das kanonische Recht so strenge verboten waren, immer mit dem pacto antichretico verbunden war, d. i. derjenige, der das Anleihen erhielt, übergab ein Gut dem Gläubiger mit dem Beding, daß er den zehnten Theil der Früchte für die Zinse von dem Gute ziehen durfte.

Auch bey diesem Vertrag ist die Bürgschaft und die Einlagerung sehr gewöhnlich, und zwar in dem Falle, wenn das Darlehen nicht zu der durch den Vertrag schon bestimmten Zeit zurückgezahlt wurde, schickte der Gläubiger jemand auf Unkosten des Schuldners ins Einlager, oder die für den Schuldner gestellte Bürgen mußten sich dahin begeben *m)*.

Hier werden noch bittere Klagen über die Juden geführt, daß sie so unmäßige Zinse nehmen *n*).

7. Von dem Pfandvertrag. Da überhaupt alle Vergütung, die nur den geringsten Schein von Zinsen blicken liess, verhaßt war, so war es weit gewöhnlicher, daß man für das Darlehen ein Gut als Faustpfand hingab, das der Gläubiger so lange benützen durfte, bis der Schuldner das Darlehen zurückzahlte, oder bis durch die Gutsverträgnisse wohl gar das geliehene Capital zurückgezahlt wurde. Hier war nun von einer Zinszahlung zwar keine Rede, weil die Zinsen schon dadurch bezahlt wurden, daß der Gläubiger den ganzen Nutzgebrauch des zum Pfande ihm gegebenen Gutes hatte. Dieses Pfand durfte nun nicht willkürlich von dem Schuldner abgelöst werden, sondern es war Lichtmessen schon als gewöhnliche Pfandablösungszeit bestimmt. Löste es der Schuldner vor dieser Zeit, so gehörten die Früchte doch dem Pfandbesitzer noch, vermuthlich aus dem Grunde, weil er auch die

Kosten des Anbaues getragen hat. Manches Mahl wurde wohl auch bestimmt, dafs, wenn der Schuldner das Pfand zur festgesetzten Zeit durch Bezahlung des Darlehens nicht löse, so soll der Gläubiger das Recht haben, das Gut eben so frey zu verkaufen, wie seinen Mantel und Rock o).

8. Von dem Schenkungsvertrag. Dafs dieser Vertrag am häufigsten vorkömmt, darf man sich gar nicht wundern, da das fromme Volk dieser als schon der vorhergegangenen Jahrhunderte nichts verdienstlichers für seine Seele und für Vergebung aller Sünden thun zu können glaubte, als der Kirche ein Geschenk zu machen.

Da es aber manches Mahl sich mag zugetragen haben, dafs eben dieser, der itzt aus Liebe zur geistlichen Braut all' sein Haab eben dieser Braut geschenkt hatte, zu einer wirklichen weltlichen Braut Liebe fühlte, sich mit ihr vermählte und Kinder erzeugte, und nun ihnen nichts mehr geben konnte, so wurde auch öf-

ters bestimmt, ob in diesem Falle die Schenkung zurückgerufen würde oder nicht. Und da hierüber schon das römische Recht eine Bestimmung hat, so wurde es nun auch hier angewendet bald für, bald wider die Rechtlichkeit einer solchen Zurückrufung, da bekanntlich diese Stelle im römischen Rechte unter die streitigen gehört. Z. B. heisst es: „Verum tamen sub hac forma, ut idem filius meus eandem (curiam) manuteneat, quamdiu vixerit super terram, et si heredes habuerit revocandi gaudebit plenaria potestate“ etc. eben so: „Volentes (comes de Wasserburg) ne praedicta donatio propter supervenientem filiorum nativitatem vel propter enormitatem donationis possit infirmari.“ Hier scheint es, als wenn auch die Lehre vom römischen Pflichttheil vermöge dem den Notherben auch eine Donation umzustossen erlaubt war, dem Verfasser dieser Schenkungsurkunde bekannt gewesen wäre. Jedoch trifft man an, dass die Schenkungen an die todte Hand öfters erst der herzoglichen und

kaiserlichen Bestätigung bedurften, wenn sie gültig seyn wollten.

Eine besondere deutsche Sitte ist wohl, daß auch bey diesem Vertrag als einen einseitigen ganz unentgeldlichen Vertrag Gewährschaft des Geschenkten geleistet wurde *p*).

a) *M. B. I.*

b) *M. B. IV. XIII. VI.*

c) *M. B. IV.*

d) *M. B. I.*

e) *M. B. IV.*

f) *M. B. I. IV. IX. XIII.* Noch heut zu Tage hat sich diese Beschränkung des Kaufvertrages bey dem gemeinen Mann im Andenken erhalten.

g) *M. B. XIII. XVI. V. III. X.*

h) *M. B. XVI. VI.*

i) *M. B. XVI. III. XV.*

k) *M. B. V. I. XVI.*

l) *M. H. XIII.*

m) *M. B. I.*

n) *M. B. VI.*

o) *M. B. III. VII. VI.*

p) *M. B. IV. I. VII. IV. XVI.*

Erbschaft und Testament.

Hier ist die Ausbeute sehr geringhaltig, dasjenige, was ich fand, enthält nichts Besonderes. Starb ein Vater mit Hinterlassung einer Erbschaft, ohne darüber etwas verfügt zu haben, so traten dessen Kinder, sowohl Söhne als Töchter, in dessen Verlassenschaft und selbst liegende Güter, und theilten mit einander ganz gleich. War eines der Geschwister in den geistlichen Stand getreten, so erbten es doch auch mit den andern; obwohl die Familie, aus der der Geistliche entsprossen war, nach dem Tode eines Geistlichen von ihm nichts mehr erbte; sondern seine ganze Erbschaft der Kirche, bey der er angestellt war, anheim fiel *a*).

Der Baiuarier konnte sowohl ein- als zweyseitig über seine Erbschaft verfügen, und dadurch seine nothwendigen Erben davon ausschließen. Jedoch mußte immer eine schwere Beleidigung derselben gegen dem Vater zu Grunde liegen; so ent-

erbte der Vater die Tochter, weil sie ohne seinem Wissen und Willen heimlich sich verheurathet hatte *b*).

Die Verfügungen erster Art sind meistens *Donationes mortis causae*, wo aber doch schon bey Lebzeiten des Erblassers der künftige Erbe aus der Erbschaft einen nutznießslichen Antheil bekam, oder ihm selbst das Gut übergeben wurde, mit Vorbehalt einer jährlichen Rente *c*).

Allein auch das eigentliche römische Testament wurde schon manches Mahl bey dergleichen Verfügungen mit allen seinen Feyerlichkeiten angewandt. Hier spricht der Testator eben so, wie einstens der römische in den Comitien gesprochen hat, es sind auch die Zeugen gebeten, wie es der römische Testator thun mußte, und neben diesen ist ein Notar noch vorhanden, der es verfaßte, da der Testator schon zu schwach war, es selbst zu verfertigen. Es heißt immer: *dico, volo, statuo, ordino, jubeo ac dispono esse meum ultimum testamentum et meam ultimam voluntatem, et si non valeat jure testamenti vel testamentarii, valeat*

nomine donationis inter vivos vel causa mortis, aut quaeunque via ultima voluntas melius valere potuerit, plenam roboris obtineat firmitatem *d*). Oefters bedeutet jedoch testamentum nur eine Schenkungsurkunde, oder auch überhaupt einen schriftlichen Aufsatz *e*).

Unter den zweyseitigen Verfügungen über eine künftige Erbschaft fand ich den entsagenden Erbschaftsvertrag, das ist die sogenannte Todtheilung zweyer Familien, die sonst ein wechselseitiges Erbrecht gegen einander vermöge der Blutsverwandtschaft gehabt hätten; auch gab es schon Verzichtleistungen adelicher Frauen *f*).

a) M. B. IX. IT. Erster landst. Freyheitsbrief.

b) M. B. II.

e) M. B. IV. I. XIV.

d) M. B. IV. I.

e) M. B. VII.

f) M. B. VII. V.

XI.

Rechtspflege.

Wenn gleich in diesen Zeiten oft die Stimme der Gerechtigkeit schweigen mußte, und nur die Kraft einer nervichten Faust oft als Gesetz galt, so konnte dieses Faustrecht doch die Stimme der öffentlichen Gerechtigkeit nie ganz unterdrücken, sondern wir treffen Beyspiele genug an, wo nicht nur der Staat die Streitigkeiten der Bürger schlichtete, sondern selbst die Bürger freywillig sich dem Spruche eines unparteyischen Schiedsrichters unterwarfen. Die Anstalten, die zur Rechtspflege dienen sollten, waren die Eheschaftsgerichte, die Dorfgerichte, die Hofmark- und Landgerichte, und endlich die Vicedomen - Gerichte, die die höchste Instanz bildeten.

Nebst diesen Gerichten gab es noch ein herzogliches Hofgericht, wo der Herzog selbst Recht sprach. Endlich konnte man sich zum Kaiser selbst wenden, der auf Ansuchen es nicht unter der kaiser-

lichen Würde hielt, dem Parteyen Recht zu sprechen *a*).

Die Ehehaftsgerichte dienten besonders dazu, die Landbauverhältnisse zwischen dem Gutsherrn und dem Baumann zu bestimmen, z. B. welche Rechte der Grundherr gegen den Baumann in Hinsicht der zu fodernden Abgaben hatte, und welche Rechte dem Baumann an dem Gute zustunden, und dann konnten hier die Baumänner ihre Klagen, die sie unter einander hatten, vorbringen. Auch die placita publica, die die Klostervögte zur Saat- und Aerndtezeit hielten, halte ich für nichts anders, als für besondere Ehehaftsgerichte. Zu diesem Gerichte mußte jeder Baumann kommen, und zwar um so mehr, da ihm in diesem Gerichte auch die Baugesetze kund gemacht wurden *b*).

Die Dorfgerichte waren von den Ehehaftsgerichten dadurch unterschieden, daß hier überhaupt die Streitigkeiten eines Dorfgenossen gegen den andern geschlichtet wurden, die nicht aus dem

Landbauverhältnisse sich ergaben, und wo die Dorfspolizeygesetze vorgelesen und gehabt wurden. Hier betraf es die persönlichen Verhältnisse eines Dorfgenossen, während die Ehehaftsgerichte die Gutsverhältnisse zu schlichten hatten. Die Dorfrichter werden in einer Urkunde *judices pedanei* genannt *c*).

Die Hofmarksgerichte, eine Nachahmung der fränkischen Immunitäten, unterschieden sich von den Landgerichten, dafs sie auch über bürgerliche Streitigkeiten entscheiden konnten, die nicht Eigenthum und Lehen betrafen. Es gab in diesem Zeitraume noch wenige Hofmarksgerichte, und zwar meistens nur bey den Klöstern: der Adel hatte die Dorfgerichte eben erst erblich zu machen gesucht und sie erst später in Hofmarken verwandelt *d*).

Die Hubengerichtsbarkeit war ein besonderes Vorrecht über die Dienst- oder Baumänner, welche den Grund eines andern Eigenthümers bebauten. Klöster hatten vorzugsweise dieses Vorrecht. Otto, Herzog von Niederbaiern, wollte

dieses Recht allgemein verkaufen. Der Kauf kam aber nicht zu Stande: erst in späterer Zeit liefs sich der Adel hierüber Edelmannsfreyheit geben e).

Die Städte- und Märktegerichtsbarkeit war nur in den Hauptstädten merkwürdig: sonst war alles noch unter einem herzoglichen Richter, dem man sich allmählich zu entziehen suchte: Bürger waren Gerichtsbeysitzer, wie Bauern auf dem Lande; aber während auf dem Lande alle Einheit zerrissen wurde, bildeten sich die bürgerlichen Magistrate, als Behörden unter Leitung eines herzoglichen Vogtes, aus.

Alle diese Gerichte standen unter der Obergerichtsbarkeit eines Vicedom, der nun selbst über die Grafen, Freyen und Ritter seine Gerichtsbarkeit ausübte, und die Streitigkeiten, die unter ihnen sich ergaben, entschied f).

Die Geistlichkeit war von dem bürgerlichen Gerichtszwang frey: nicht nur in Hinsicht persönlicher Klagen, sondern selbst bey solchen Klagen, die ihre Güter oder Leute betrafen, erhielten sie

oft von den Herzogen das Recht, daß dergleichen Klagen an sie selbst gebracht werden mußten g).

Da man die Gerichtsbarkeit als ein Eigenthumsrecht ansah, und sie eben so behandelte, so konnte natürlich auch derjenige Bürger, der einen solchen Hofmarks- oder städtischen Gerichtsbarkeit unterworfen war, nur bey diesem belangt werden. Hatte daher ein Bürger, der sich in der Gerichtsbarkeit des Herzogs befand, gegen einen, der einer hofmarkischen Gerichtsbarkeit unterworfen war, eine Klage, so mußte er ihn auch bey dem Hofmarksgerichte belangen. Wollte ihm aber dieses Gericht nicht Recht sprechen, so konnte er itzt die Klage bey seinem herzoglichen Richter anbringen. Dieser sendete nun einen Boten in das Hofmarksgericht; und foderte in einer Frist von dreymal vierzehn Tagen es auf, dem Kläger das Recht zu sprechen. Ward diese Ermahnung auch fruchtlos, so durfte dann der herzogliche Richter ihm das Recht sprechen. Hatte ein Hofmarksgerichtspflichtiger eine Klage gegen

einen, der der herzoglichen Gerichtsbarkeit unterworfen war, so mußte er ebenfalls bey dem herzoglichen Gerichte die Klage stellen.

Hatte ein Landmann gegen einen Bürger eine Klage aus einem Darlehen, so mußte er nebst dem Gerichtsboten noch einen Boten zu ihm schicken, die in seinem Namen das Geld fodern sollten. Bekannte dann der Bürger sich des Geldes schuldig, so mußte er selbes in einem Termin von 14 Tagen hinausbezahlen. Konnte er aber nicht zahlen, so mußte er dem Gläubiger ein Pfand bestellen. Wollte sich der Bürger auch dazu nicht verstehen, so hatte nun der Vicedom die Macht, ein Pfand aus des Bürgers Vermögen dem Gläubiger einzuräumen. Längnete er die Schuld, so mußte ihm der Landmann innerhalb eines 14tägigen Termins einen Tag bestimmen, wo er ihm dann das Recht unverzogen thun mußte. Erschien der Bürger an diesem Tage nicht, so konnte ebenfalls der Vicedom dem Landmann wieder ein Pfand geben. Hatte ein Bürger

eine Schuldforderung an einem Dienstmann oder Edelmann, so mußte er die Klage darum vor den Herzog oder vor das Stadtgericht bringen, besonders dann, wenn der schuldige Dienst- oder Edelmann in der Stadt sich befindet. Ein Landmann sollte aber gegen den andern keine Klage stellen, sondern allzeit selbe in dem Gericht des Beklagten anbringen *h)*.

Wollte man nicht in eigener Person vor Gericht auftreten, so konnte man durch einen Prokurator oder Vorsprecher handeln. Jedoch wird in diesem Falle erforderlich, daß man dem Prokurator eine Vollmacht ertheile, die oft ganz im römischen und kanonischen Gewande erschienen, es lautet eine Vollmacht, die die Aebtissin vom Kloster Gars ausstellte, so: „Constituimus armigerum nostrum Procuratorem ad agendum, defendendum libellum, petendum, respondendum, reconveniendum, excipiendum, replicandum, litem contestandum, calumpnie, seu cuiuslibet alterius generis sacramentum, quod in causis requiritur, in animas nostras

prestandum, ponendum, positionibus re-
 spondendum, interlocutorias et diffinitas
 sententias audiendum, Juramentum parti-
 bus deferendum, et delata suscipiendum,
 expensas petendum, declarandum, et re-
 cipiendum, componendum, compromit-
 tendum, appellandum, appellationem pro-
 sequendum, alium vel alios procuratores
 substituendum, eundem vel eosdem quo-
 ciens voluerit, revocandum, et universa-
 liter omnia et singula faciendum, quod
 veri Procuratores communiter vel diver-
 sim facere possunt ad judicia constituti,
 et si mandatum exigit speciale. promit-
 tentes pro hypotheca rerum nostrarum,
 judicatum solvi et judicio sisti et ratum
 nos habituras, quidquid per Procuratores
 nostros predictos communiter vel divisim
 actum vel ordinatum vel procuratum fue-
 rit in premissis vel qualibet premissorum“,
 oder: „Presentium exhibitorum nostrum
 constituimus Procuratorem in omnibus
 causis motis et movendis tam pro nobis,
 quam contra nos, contra quascunque Per-
 sonas ecclesiasticas, vel seculares, coram
 quibuscunque judicibus ordinariis, dele-

gatis, conservatoribus, subdelegatis arbitris, sive coram Judicibus secularibus. . . Et omnia singula faciendi, que vero et legitimo Procuratori secundum Canones et leges sunt facere concessa *i*),

Mit ihren Vorsprechern giengen nun die beyden Partheyen zur Schranne, wo der Richter mit einem Stabe in der Hand, vor der Thorsäule sitzend und mit Beysitzern noch umgeben, das Recht sprach. Erschienen beyde Partheyen, so wurde die Sache am nämlichen Tage entschieden. Der Richter hiefs nun beyde Partheyen ihre Ansprache zu beweisen, und wer nun die stärkern Beweise durch Urkunden, Zeugen, Eid aufbringen konnte, dem wurde das Recht, nachdem der Richter noch seine Beysitzer gefragt, was in diesem Falle durch Herkommen Rechtens wäre, und sie ihre Antwort hergesagt hatten, zugesprochen *k*).

Erschien blofs der Kläger vor Gericht, so wurde dann dem Beklagten mündlich kund gemacht, dafs er sich vor Gericht darüber vertheidige. Dann wurde ein peremptorischer Termin von 14 oder

dreymal 14 Tagen gesetzt, wo beyde Partheyen erscheinen und die Beweise darbringen mußten. Welche Parthey nun nicht erschien an diesem peremptorischen Termin, verlor den Prozeß. Auf die Einhaltung dieses Termins sah man so strenge, daß selbst Grafen und Aebte ihrer Ansprüche für verlustig erklärt wurden, wenn sie diesen nicht innehielten 1).

Verwickelter war das Verfahren bey Gerichten, das mit geistlichen Personen besetzt war, weil hier schon nach den Formalitäten des röm. und kanonischen Rechts verfahren wurde.

Nach dem Inhalte der oben angeführten Vollmachtsurtheilungen sieht man, daß in der ersten Periode des gerichtlichen Verfahrens schon Klage, Einrede, *litis contestatio*, Replik und Duplik vorgekommen seyn muß.

Ferners wird auch von dem *juramentum calumniae* gesprochen. In der zweyten Periode kam schon die Appellation vor, und peremptorischer Termin von 14 Tagen zur Beweisführung, wo ihm, wenn er mit dem Beweise nicht

aufkam, ewiges Stillschweigen aufgelegt wurde; und endlich durfte, wenn einmal eine Sache in rem judicatam übergangen war, darüber nicht von neuem wieder gerichtlich verhandelt werden *m*).

War nun eine Parthey mit dem Urtheile eines Landrichters oder Vicedoms nicht zufrieden, so konnte sie zum Herzog und seinem Hofgericht appelliren *n*).

Die Klöster aber, welche die Entscheidung eines Herzogs oder eines seiner Richter nicht für günstig genug hielten, ließen sich wohl von Kaisern, Päpsten und Bischöfen Recht sprechen.

Jedoch wurden entstandene Streitigkeiten weit öfters durch friedliche Vergleiche als durch richterliche Entscheidung beygelegt. Beyde Partheyen wählten sich Schiedsrichter, die Taidinger hießen, und diesen übergaben sie ihre Streitigkeiten zur Entscheidung. Diese Taidinger konnten um so eher ein gerechtes Urtheil fällen, da sie auch bey Schließung der Verträge immer zugegen waren. Diesen Taidingern mußte um so mehr die gerechte Sache am Herzen lie-

gen, da sie nicht nur vor Fällung des Urtheils alle Zeit über die Ansprüche, ob sie gerecht oder ungerecht waren, nachdachten, sondern selbst mehrere Tage vor Fällung des Urtheils fasteten, um ja einen so viel möglich gerechten Ausspruch zu thun. Diese Feyerlichkeit wird auch im Schwabenspiegel den Richtern vorgeschrieben. Da nun die Partheyen überzeugt waren, dafs so ein Ausspruch nicht anders als gerecht seyn konnte, so verpflichteten sie sich unter einer vertragsmäfsigen Geldstrafe, die oft ziemlich grofs war, dem gefällten schiedsrichterlichem Spruche getreulich nachzukommen o).

a) *M. H. XIII.*

b) *Vacchiery, v. K. A., über die Ehehaften in Baiern. 1798. 4.*

c) *M. B. VIII.*

d) *Krenner, v. J. N., über Land-, Hofmarks- und Dorfgerichte in Baiern. 1795.*

e) *Auer, G., Versuch einer Prüfung der ungeschlossenen Hofmarken in Baiern. 1798. 8. Nibler, E., die Edelmannsfreyheit in Baiern. 1808. 8.*

f) *Otton. Handfeste.*

g) *M. B. X.*

h) *Otton. Handfeste.*

i) *M. B. I.*

k) *M. B. XVI. VII. IV. IX. V.*

l) *M. B. I. III.*

m) *M. B. XII. IV. VII.*

n) *M. B. I. IV. III. IX.*

o) *M. B. VII. II. IX. XVI. und allenthalben. Die eingetretenen Sportel- und Taxsystemen haben die Anstalt der Schiedsrichter dem gemeinen Mann fast unmöglich gemacht.*

XII.

Beweisverfahren.

Beweise führte man, wie in der vorigen Periode, durch Urkunden, Augenschein, Zeugen, Eideshelfer, Eide und durch die Ordalien.

Die Urkunden dienten besonders dazu, um das Erbrecht auf ein Gut zu beweisen, da blofs die Urkunden allein zu dieser Beweisführung angewandt werden durften. Der Beweis durch Augenschein und Eideshelfer ward vorzüglich bey Gränzstreitigkeiten und Ansprüchen

von nutzbaren Rechten, z. B. des Zehendes geführt.

Der Zeugen - Beweis ward sehr häufig angewandt, weil die Sache sie am besten entscheiden konnten, auf wessen Seite das Recht war, da kein Vertrag ohne Zeugen geschlossen wurde. Die Zeugen wurden auch bey Verjährungsansprüchen angewandt, wo sie aussagen mußten, ob derjenige, welcher ein Gut durch Verjährung ansprach, selbes wirklich so lange ungestört besessen habe, als er behauptet. Zeuge konnte sogar jeder Mann seyn, der zur Familie eines Klosters oder eines Freyen gehörte, nur die eigentlichen Leibeigenen durften nicht als Zeugen auftreten.

Die Eide waren häufig eingeführt, und nicht nur die Zeugen, sondern auch die streitenden Theile mußten öfters die Wahrheit ihrer Aussagen durch Eide bestätigen. Sie wurden immer mit Feyerlichkeit abgelegt, und zwar mußte der Laie auf das Evangelium schwören, der Kleriker aber legte ihn unter der Stole ab a).

Um endlich seine Unschuld zu beweisen waren die Ordalien noch eingeführt, von denen in M. B. blofs die Wasser- und Eisenproben vorkamen, und immer unter die Rechte, die der Geistlichkeit auszuüben gebührte, gezählt wurden *b*).

a) M. B. IV. VII. III. I. IX.

b) M. B. XVI. V.



Im obigen Jahre wurde die
Karte von der Oden nach einer
Karte von M. B. Blot die W.
und die Kisten vorkommen, und
die Karte der Karte, die der Karte
in der Karte der Karte war

M. B. Blot. V. M. B. Blot. V.
M. B. Blot. V. M. B. Blot. V.

Linger, Dominik

Betrachtungen über die bürgerliche Rechtsverfassung Baierns nach dem
Aussterben der Karolinger bis zu Kaiser Ludwig dem Baier Ein Beitrag zur
baierischen Rechtsgeschichte

Landshut 1815

Bavar. 1677 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10376111-4